



An den Grossen Rat

21.5403.02

WSU/P215403

Basel, 26. Mai 2021

Regierungsratsbeschluss vom 25. Mai 2021

Interpellation Nr. 65 von Tonja Zürcher betreffend tatsächliche Zahlungen der IWB für klimafeindliche Aktivitäten der Gasverbände

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 19. Mai 2021)

Der Regierungsrat hat in seiner Antwort vom 3. November 2020 auf meine Interpellation betreffend „indirekter Finanzierung von Kampagnen gegen kantonale Klimaziele“ angegeben, der VSG-Beitrag der IWB liege in der Höhe, wie sie im zitierten Zeitungsartikel aus der Republik genannt wird. Der Wortlaut im betreffenden Zeitungsartikel («Republik» vom 7.10.2020, <https://www.republik.ch/2020/10/07/das-greenwashing-der-schweizer-gasbranche>) heisst: «Rechnet man diese Zahl [VSG-Mitgliedsbeitrag von Group E Fribourg] gemäss dem Gasabsatz hoch, kommt man für die Versorger aus Basel und Zürich auf gegen eine halbe Million Franken.»

Inzwischen ist mir zu Ohren gekommen, dass die tatsächlichen jährlichen Zahlungen von IWB an den VSG und allenfalls weitere regionale Verbände der Gasbranche (wie VGOZT, GWMB, Gaziers Romands) deutlich höher liegen.

Neben der - prinzipiell zu begrüßenden - Förderung von erneuerbarem Gas finanziert der VSG aus den Mitgliedsbeiträgen von IWB und Co. Image-Kampagnen für die weiterhin fossil dominierte Gasversorgung. Aktuell läuft z.B. eine millionenschwere Kampagne mit Aussagen wie «Erdgas und Biogas sind klimaschonend und verbessern die CO₂-Bilanz. Und somit ist auch alles, was mit Gas produziert wird, klimaschonend.» (sic!) <https://gazenergie.ch/de/energiezukunft/>). Ein relevanter Teil der Mitgliedsbeiträge fliesst zudem in massive Lobbyarbeit für gasfreundliche und klimaschädigende Gesetze (so z.B. gegen die vollständige Übernahme des «Basier Modells» beim Heizungersatz im neuen Zürcher Energiegesetz).

Das Fazit der «Republik» («Das ist öffentliches Geld, das gegen die Ziele dieser Städte eingesetzt wird.») steht weiterhin im Raum, denn diese von IWB mitfinanzierten Aktivitäten des VSG stehen auch dann in einem offensichtlichen Widerspruch zu den klima- und energiepolitischen Zielen des Kantons Basel-Stadt, wenn sie ausschliesslich ausserhalb der Kantonsgrenzen stattfinden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Antworten zu den folgenden Fragen:

1. Wie hoch sind die gesamten direkten und indirekten Zahlungen (inklusive aller Beiträge und Beteiligungen), die IWB jährlich im Durchschnitt der letzten drei Jahre an den VSG ausgerichtet hat?
2. Wie hoch sind allenfalls zusätzliche direkte und indirekte Zahlungen an regionale Verbände der Gasbranche (wie VGOZT, GWMB, Gaziers Romands), die IWB jährlich im Durchschnitt der letzten drei Jahre ausgerichtet hat?

3. Wie ist es zu erklären, dass der Regierungsrat in seiner o. g. Stellungnahme vom 3. November 2020 allenfalls davon abweichende Beträge genannt hat?
4. Wofür werden die Zahlungen an die regionalen Verbände eingesetzt? Zu welchem Zweck existieren diese zusätzlichen Strukturen?
5. Ist es nicht im Interesse des Kantons Basel-Stadt, dass auch ausserhalb der Kantonsgrenzen wirksame Rahmenbedingungen für Klimaschutz verabschiedet werden und diese nicht durch Kampagnen und Lobby-Aktivitäten torpediert werden - weil die Klimakrise nur durch gemeinsames Handeln verhindert werden kann?
6. Stellt sich vor diesem Hintergrund und der allenfalls höheren jährlichen Zahlungen der IWB an den VSG als ursprünglich kommuniziert nicht erneut die Frage, inwiefern eine Mitgliedschaft der IWB in diesen Strukturen tatsächlich zu rechtfertigen und sinnvoll ist?
7. Wie will der Regierungsrat andernfalls gewährleisten, dass die Zahlungen von IWB ausschliesslich im klimapolitischen Interesse des Kantons Basel-Stadt eingesetzt werden: Einfluss via Verwaltungsrat des VSG? Zweckbindung der Beitragsmittel? Anteilige Kürzung der Zahlungen? Ruhen der Mitgliedschaft, bis der VSG und regionale Gasverbände sich glaubwürdig für eine realistische Gasversorgung im Einklang mit der Klimapolitik des Kantons Basel-Stadt und des Bundesrats einsetzen?

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Vorbemerkung:

Im Rahmen der Interpellationsbeantwortung vom 3. November 2020 hat der Regierungsrat darauf hingewiesen, dass die IWB ihre Mitgliedschaften in Branchenverbänden und Organisationen regelmässig überprüft. In Bezug auf die Mitgliedschaft im VSG hat die Überprüfung inzwischen ergeben, dass ein Austritt notwendig ist, weil sich die Strategie der IWB nur noch teilweise mit derjenigen des VSG deckt. Die IWB hat sich daher entschlossen, per 31. Dezember 2021 aus dem VSG auszutreten und hat die Mitgliedschaft bereits gekündigt.

1. *Wie hoch sind die gesamten direkten und indirekten Zahlungen (inklusive aller Beiträge und Beteiligungen), die IWB jährlich im Durchschnitt der letzten drei Jahre an den VSG ausgerichtet hat?*

In den letzten drei Jahren hat die IWB durchschnittlich 600'000 Franken pro Jahr an den VSG geleistet, was der Schätzung entspricht, die im Zeitungsartikel vorgenommenen wurde, den die Interpellantin zitiert.

2. *Wie hoch sind allenfalls zusätzliche direkte und indirekte Zahlungen an regionale Verbände der Gasbranche (wie VGOZT, GWMB, Gaziers Romands), die IWB jährlich im Durchschnitt der letzten drei Jahre ausgerichtet hat?*

Die IWB hat keine direkten oder indirekten Zahlungen an den Verband der Gaswirtschaft der Ostschweiz, der Zentralschweiz und des Tessins VGOZT, an den Verband der Gas- und Wasserversorgungen Mittelland-Basel (GWMB) oder an Gaziers Romands geleistet.

3. *Wie ist es zu erklären, dass der Regierungsrat in seiner o.g. Stellungnahme vom 3. November 2020 allenfalls davon abweichende Beträge genannt hat?*

Es gibt keine von der Beantwortung des Regierungsrates vom 3. November 2020 abweichende Zahlungen.

4. *Wofür werden die Zahlungen an die regionalen Verbände eingesetzt? Zu welchem Zweck existieren diese zusätzlichen Strukturen?*

Wir verweisen auf die Antwort zur Frage 2: die IWB leistet keine Zahlungen an regionale Verbände im Bereich der Gaswirtschaft.

Der Verband der Gas- und Wasserversorgungen Mittelland-Basel (GWMB) ist ein der Gasverbund Mittelland AG (GVM) zugeordnetes Fachgremium, das die Marktaktivitäten von GVM für Erdgas begleitet und koordiniert. Die Tätigkeiten des Verbands der Gaswirtschaft der Ostschweiz, der Zentralschweiz und des Tessins VGOZT und von Gaziers Romands sind dem Regierungsrat nicht näher bekannt.

5. *Ist es nicht im Interesse des Kantons Basel-Stadt, dass auch ausserhalb der Kantonsgrenzen wirksame Rahmenbedingungen für Klimaschutz verabschiedet werden und diese nicht durch Kampagnen und Lobby-Aktivitäten torpediert werden - weil die Klimakrise nur durch gemeinsames Handeln verhindert werden kann?*

Der Regierungsrat teilt die Ansicht der Interpellantin, dass wirksame Rahmenbedingungen und Massnahmen zum Schutz des Klimas auch ausserhalb des Kantons Basel-Stadt erforderlich sind. Dafür setzt er sich im Rahmen seiner Befugnisse ein – auf Bundesstufe z.B. innerhalb seiner Mitgliedschaften in den relevanten interkantonalen Fachdirektoren- und Regierungskonferenzen (EnDK, BPUK, FDK, KdK) oder in der Zusammenarbeit im Schweizerischen Städteverband. Er kann jedoch nicht verhindern, dass Organisationen, auf die er keinen Einfluss hat, allenfalls abweichende Ziele verfolgen und im politischen Prozess widerstreitende Positionen artikulieren.

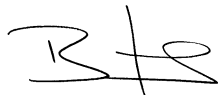
6. *Stellt sich vor diesem Hintergrund und der allenfalls höheren jährlichen Zahlungen der IWB an den VSG als ursprünglich kommuniziert nicht erneut die Frage, inwiefern eine Mitgliedschaft der IWB in diesen Strukturen tatsächlich zu rechtfertigen und sinnvoll ist?*

Wir verweisen auf die einleitende Vorbemerkung.

7. *Wie will der Regierungsrat andernfalls gewährleisten, dass die Zahlungen von IWB ausschliesslich im klimapolitischen Interesse des Kantons Basel-Stadt eingesetzt werden: Einfluss via Verwaltungsrat des VSG? Zweckbindung der Beitragsmittel? Anteilige Kürzung der Zahlungen? Ruhen der Mitgliedschaft, bis der VSG und regionale Gasverbände sich glaubwürdig für eine realistische Gasversorgung im Einklang mit der Klimapolitik des Kantons Basel-Stadt und des Bundesrats einsetzen?*

Mit dem Austritt der IWB aus dem VSG stellt sich die Frage nach der Steuerung von Zahlungen der IWB an den Verband nicht mehr.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin